

Lärmaktionsplan: Kein Bedarf

Zumindest sieht das die große Mehrheit des Gemeinderats so / Begründung: Unverhältnismäßiger Aufwand

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HANS PÖSCHKO

Schorndorf.

Mit Ausnahme der Grünen sieht im Schorndorfer Gemeinderat niemand eine Notwendigkeit, einen Lärmaktionsplan aufzustellen. Die Mehrheit schloss sich der Auffassung der Verwaltung an, dass der Aufwand für einen solchen Lärmaktionsplan unverhältnismäßig wäre. Zumal Schorndorf nicht zu den Kommunen gehört, für die ein Lärmaktionsplan zwingend wäre.

Anknüpfend an die „Richtlinie 2009/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ hat das baden-württembergische Verkehrsministerium Ende Dezember 2012 Lärmaktionspläne für den Fall angemahnt, dass in einer Kommune jeweils mehr als 50 Betroffene entlang von Hauptverkehrsstraße und Haupteisenbahnstrecken mit Lärmpegeln von mehr als 70 Dezibel am Tag oder mehr als 60 Dezibel in der Nacht belastet sind. Landesweiten Erhebungen zufolge sind von diesen erhöhten Werten in Schorndorf nur 24 beziehungsweise 37 Einwohner betroffen. Und bei diesen Zahlen, so der Leiter des Stadtplanungsamtes, Manfred Beier, sei nicht klar, ob die in Miedelsbach bislang teilweise ausgewiesene Tempo-30-Zone, die nach dem Willen des Ortschaftsrats auf die ganze Ortsdurchfahrt ausgeweitet werden soll, überhaupt schon berücksichtigt sei. Alles in allem, so die Schlussfolgerung der Verwaltung, sei ein Lärmaktionsplan nicht erforderlich.

Dem widersprach Grünen-Stadtrat Wilhelm Pesch unter Verweis darauf, dass die Grünen schon lange auf solch einen Lärmaktionsplan für die ganze Stadt drängten. Begründung: „Lärm macht krank und ist eine Geißel unserer Zeit.“ Was anderswo, zum Beispiel in Rudersberg, schon längst erkannt sei. Von einer Ausdehnung der Tempo-30-Zone in Miedelsbach versprechen sich die Grünen laut Pesch „eine große Wirkung für wenig Geld“, weil nur zwei Schilder versetzt werden müssten. Eine Ortsumfahrung lehnen die Grünen weiterhin unter anderem deshalb ab, weil dann andere Menschen durch Lärm belastet würden. „Vielleicht brauchen wir dann einen Lärmaktionsplan“, mutmaßte Pesch ironisch.

„Der beste Lärmaktionsplan ist, den Lärm wegzubringen“

Oberbürgermeister Matthias Klopfer erinnerte den Grünen-Stadtrat daran, dass sich die Stadt außer für die Miedelsbacher Umfahrung seit Jahren gemeinsam mit den Nachbarkommunen für Tempo 100 auf der B 29 starkmache, was bedauerlicherweise an Grün-Rot und am Regierungspräsidium scheiterte. „Da hilft auch kein Lärmaktionsplan“, meinte Klopfer, der überzeugt ist, dass mit den von ihm genannten Maßnahmen viel für den Lärmschutz erreicht würde. Das sieht auch SPD-Stadtrat Thomas Berger so: „Der beste Lärmaktionsplan ist, den Lärm wegzubringen“, sagte er und re-



Den an der Ortsdurchfahrt lebenden Miedelsbachern hilft, so sieht es die Ratsmehrheit, kein Lärmaktionsplan, sondern nur eine Ortsumfahrung. Dem Wunsch des Ortschaftsrats, bis dahin Tempo 30 auf die ganze Ortsdurchfahrt auszuweiten, scheint der Gemeinderat entsprechen zu wollen. Bild: Mogck

lativierte die Einschätzung von Wilhelm Pesch, dass durch eine Ortsumfahrung bisher nicht lärmgeplagte Anwohner belastet würden. „Bei einer neuen Straße kann man wenigstens etwas machen“, sagte Berger, der auch den Hinweis auf das vermeintlich vorbildliche Verhalten der Gemeinde Rudersberg nur bedingt gelten ließ: „Das Konzept, Bobbycars und 40-Tonner auf einer Fläche fahrenzulassen, muss sich erst noch bewähren.“ Das Verhältnis zwischen Aufwand auf der einen und den Erkenntnissen, die aus einem Lärmaktionsplan, der übrigens nur in zwei EU-Ländern Standard sei, gewonnen werden könnten auf der anderen Seite, beschrieb der Miedelsbacher SPD-Stadtrat so: „Wir geben ein Schweinegeld aus für etwas, was wir schon wissen.“

„Lärm haben wir woanders auch“, wehrte sich FDP/FW-Stadtrat Konrad Hofer gegen eine Verengung der Diskussion auf die Ortsdurchfahrt Miedelsbach und verwies auf die Schlichtener Straße (an der er Anwohner ist). Zu Tempo 30 durch ganz Miedelsbach sagte Hofer: „Wenn der Ortschaftsrat das will, ist mir das egal.“ Nicht ohne hinzuzufügen, dass er sich „die gleiche Offenheit auch mal in der Kernstadt wünschen“ würde.

Ein Schmunzeln löste beim Oberbürgermeister CDU-Stadträtin Iris Greiner mit ihrer Frage aus, ob Schorndorf nicht auch ein Thema für eine Umweltzone wäre. „Ich freue mich schon auf den Antrag und bin gespannt, wer den von Ihrer Fraktion noch unterzeichnet“, sagte Matthias Klopfer, klärte dann die neue CDU-Stadträtin aber auch darüber auf, dass sie solch ein Anliegen durchaus auch als ihren ganz persönlichen Antrag einbringen könne.

Daimler-Vorbeifahrermessstrecke im Depot?

■ Auch um Lärm, aber um nach fast einmütiger Einschätzung des Gemeinderats unschädlichen, geht es bei Überlegungen der Firma Daimler, auf dem ehemaligen Depotgelände bei Unterberken eine Vorbeifahrermessstrecke für Nutzfahrzeuge einzurichten. Daimler sucht einen **Ersatzstandort für die derzeit noch bei Wernau und dort in einem Naturschutzgebiet liegende Messstrecke**, wobei die neue Teststrecke von Untertürkheim aus in 45 Minuten erreichbar sein sollte.

■ Aus Sicht des Unternehmens spricht für den Standort unter anderem, dass eine Nutzung der bereits vorhandenen, im Übrigen in einem guten Zustand befindlichen Straßen möglich ist, dass die vorhandenen Lagerplätze zu einer Messfläche ausgebaut werden könnten und dass es auf dem ehemaligen Depotgelände keine amtlichen Biotop- und voraussichtlich nur geringe Nutzungskonflikte mit dem Forst gebe. Und noch etwas: „**Die geplante Nutzung für Windkraftanlagen stört die Nutzfläche nicht.**“

■ Die Prüfungen würden der Firma Daimler zufolge **an circa 100 Tagen in den Monaten März bis Oktober in der Zeit zwischen 9 und 17 Uhr** stattfinden. Am Messvorgang beteiligt sind jeweils ein Lkw und ein Messfahrzeug. Dabei sollen etwa 50

Messfahrten am Tag durchgeführt werden.

■ Im Gemeinderat wurde das Ansinnen des Unternehmens begrüßt. „**In Schorndorf freut sich jeder über ein Engagement von Daimler**“, meinte CDU-Stadträtin Iris Greiner. Konrad Hofer (FDP/FW) sieht's genauso: „**Es ist gut, wenn Daimler bei uns mal was macht.**“ Wobei's aus seiner Sicht noch besser wäre, wenn das Gelände der Stadt gehören und sie für die Nutzung durch die Firma Daimler Miete kassieren könnte. „**Die Artenvielfalt wird sogar erhöht: Der Erbkönig kommt dazu**“, scherzte Grünen-Fraktionschef Werner Neher, der, jetzt ernst gemeint, eine zuverlässige Prüfung erwartet, dass die von Daimler angestrebte Nutzung keine – in diesem Falle negativen – nachhaltigen Auswirkungen hat.

■ Gar nicht zum Scherzen zumute war FDP/FW-Stadtrat Peter Schwan, der bekundete, er habe seiner Brille nicht getraut, als er gelesen habe, dass da 200 Lkw-Fahrten und nochmals **200 Fahrten eines Messfahrzeugs auf den Schurwald erlaubt** werden sollten – trotz eines ansonsten für den überregionalen Lkw-Verkehr geltenden Durchfahrtsverbots. „Gibt es eigentlich gute und schlechte Lkw?“, fragte Peter Schwan. Und Werner Neher wunderte sich: „Wenn sogar wir das akzeptieren.“